

TEIL 2

UNERWÜNSCHT



„Die Juden müssen in Deutschland ausgerottet werden!“

Arnold Ruge und die Radikalisierung des Antisemitismus nach 1919

Sebastian Horn

„Wer ist an Deutschlands Unglück Schuld? Die Juden. Die Juden haben Deutschland gebasst, haben im Krieg das Volk betrogen, haben die Presse beherrscht. Die Juden, diese Kapitalisten, diese Materialisten, diese Egoisten. Das deutsche Volk muss sich von dieser Fremdherrschaft befreien. Die Juden, dieses Ungeziefer, müssen in Deutschland ausgerottet werden. Wenn sie nicht freiwillig aus Deutschland hinausgehen, müssen sie mit Gewalt entfernt werden. Nieder mit den Juden.“¹

Am 22. November 1919 hielt der Privatdozent für Philosophie Dr. Arnold Ruge (1881-1945) im Rahmen einer Kundgebung gegen den Untersuchungsausschuss des Reichstags zur Kriegsschuldfrage auf dem Heidelberger Bismarckplatz eine stark antisemitische Rede. Ruge bediente sich dabei gängiger Stereotype: die Juden als Kriegsprofiteure und Verursacher der Kriegsniederlage, die Juden als arbeitsscheue Kapitalisten, die Juden, die Presse und Politik dominieren. Die Juden als „Deutschlands Unglück“.²

Auffallend sind Ruges deutlich formulierte Gewalt- und Vernichtungsfantasien, die eine neue Dimension des Antisemitismus widerspiegeln: Dass die Juden „mit Gewalt entfernt“ oder wie Ungeziefer „ausgerottet“ werden müssten, war vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht Teil antisemitischer Diskurse.³ Ruges Rede dokumentiert damit schon zu Beginn der Weimarer Republik eine Entwicklung hin zu den radikalen Denkweisen, die nach 1933 in die nationalsozialistische Rassegesetzgebung und schließlich in den Holocaust mündeten.

- 1 Rede von Arnold Ruge auf dem Bismarckplatz in Heidelberg am 22.11.1919, zitiert nach: Schreiben des Untersuchungsrichters beim Landgericht Heidelberg an den Senat der Universität Heidelberg vom 17.4.1920, Universitätsarchiv Heidelberg (UAH) PA 5550/90.
- 2 Ruge bezieht sich auf das von Heinrich von Treitschke geprägte geflügelte Wort von den Juden als „Deutschlands Unglück“. Von Treitschke, Heinrich: Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher 44 (1879), H. 5, S. 559–576.
- 3 Vgl. Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 38–41.

Bereits im 19. Jahrhundert hatte sich im Rahmen der Nationalstaatsbildung der Charakter der Judenfeindlichkeit verändert.⁴ Waren antisemitische Ressentiments in der Frühen Neuzeit in erster Linie noch antijudaistisch, also religiös motiviert, wurde nun die Zugehörigkeit der Juden zur deutschen „Volksgemeinschaft“ in Frage gestellt.⁵ Dass die Vorfahren vieler deutscher Juden bereits seit Jahrhunderten auf später deutschem Staatsgebiet lebten, spielte keine Rolle. Juden galten nicht mehr nur als religiöse Minderheit, sondern wurden zum Nichtdeutschen, zum rassistisch Fremden.⁶

Dirk Walter untersuchte 1999 erstmals ausführlich antisemitische Gewalt in der Weimarer Republik und beschrieb sie als von der Bevölkerung ausgehendes, von rechtsradikalen und nationalsozialistischen Kreisen politisch instrumentalisiertes Phänomen.⁷ Michael Wildt legte 2007 den Fokus auf die engen Zusammenhänge zwischen der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ der damit einhergehenden Ausgrenzung und dem Ansteigen antisemitischer Gewalt in den 1920er und 1930er Jahren.⁸

Dieser Artikel geht der Frage nach, welche Formen der Antisemitismus in der ersten deutschen Demokratie annahm und wer dessen Träger waren. Wie sahen die gesellschaftlichen Reaktionen aus und gab es aktive Widerstände? Ein Schwerpunkt wird auf Arnold Ruge gelegt, an dessen Fall verschiedene Aspekte des damaligen Antisemitismus deutlich werden.

Radikalisierung nach 1919

Der antisemitische Diskurs wurde in den politisch instabilen und unsicheren Monaten nach der Republikgründung intensiv und radikal geführt.⁹ Er wurde durch Flugblätter und Plakate auf die Straße getragen und Antisemiten propagierten ihre Judenfeindschaft weit offener als noch zur Kaiserzeit.¹⁰ Infolgedessen kam es auch vermehrt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Übergriffen auf Personen jüdischen Glaubens, bis hin zur massenhaften Gewalt gegen

4 Vgl. Bergmann, Werner: *Geschichte des Antisemitismus*, München 2001, S. 38–40.

5 Für die Zeit der Weimarer Republik vgl. Wildt, Michael: *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007, S. 63–68.

6 Vgl. Rürup, Reinhard: *Jüdische Geschichte in Deutschland. Von der Emanzipation bis zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*, in: *Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland*, hrsg. v. Dirk Blasius/Dan Diner, Frankfurt a. M. 1991, S. 79–101 hier S. 81f.; Bergmann: *Geschichte Antisemitismus*, S. 43; 46–51.

7 Vgl. Walter: *Kriminalität*.

8 Vgl. Wildt: *Volksgemeinschaft*.

9 Ausführlich hierzu: Vgl. Walter: *Kriminalität*, S. 23–51.

10 Vgl. Walter: *Kriminalität*, S. 24.

Juden in Pogromen. Im Wesentlichen sind für diese Entwicklung drei Gründe zu nennen:

Erster Grund ist der verlorene Krieg. Insbesondere die als „Schmach“ empfundenen harten Bedingungen des Versailler Friedensvertrags (1919) waren für große Teile der Weimarer Politik und Gesellschaft nur schwer zu akzeptieren. Mit dem zu Beginn des Krieges über die Parteigrenzen hinweg ausgerufenen „Burgfrieden“, also der Zurückstellung partei- und klassenpolitischer Differenzen hinter das Ziel des Kriegsgewinns, hatten deutsche Juden die Hoffnung verbunden, als Teil der „Volksgemeinschaft“ wahrgenommen zu werden.¹¹ Doch schon während des Krieges wurden insbesondere unter dem Eindruck des ausbleibenden schnellen Sieges antisemitische Ressentiments wieder präsenter.¹² Die deutschen Juden wurden kollektiv in die Rolle eines Sündenbocks gedrängt: Die nach dem Krieg in militärischen Kreisen formulierte Dolchstoßlegende suchte die Schuld für die Kriegsniederlage bei Akteuren, die den Soldaten von Deutschland aus in den Rücken gefallen seien. In erster Linie bezog sie sich auf Sozialdemokraten und Juden.¹³

Ein zweiter Grund war die innenpolitische Situation. Die Abschaffung der Monarchie und die parlamentarische Demokratie als neue Regierungsform waren Anlass heftiger Kontroversen und teils gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der alten und der neuen Ordnung. In dieser Atmosphäre ständiger politischer Gewalt radikalisierten sich politische Antisemiten einerseits und wurde die verunsicherte Bevölkerung andererseits empfänglicher für antisemitische Ideen.¹⁴ Viele Juden verbanden mit der neuen demokratischen Verfassung große Hoffnung auf vollständige Gleichstellung.¹⁵ Antirepublikanische und antidemokratische Ideen waren dagegen meist sehr eng mit antisemitischem Gedankengut verknüpft. Juden wurden als treibende Kraft hinter dem Systemwechsel ausgemacht.¹⁶ Konservative und deutschvölkische Kreise bezeichneten

11 Vgl. Paucker, Arnold: Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, Teetz 2004, S. 67–71.

12 Vgl. Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik (Historische Forschungsgesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 62), Bonn 2003, S. 55–72; Wildt: Volksgemeinschaft, S. 33–45.

13 Vgl. Bergmann: Geschichte Antisemitismus, S. 69.

14 Vgl. ebd., S. 71.

15 Vgl. Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus, S. 72–75. Hecht weist darauf hin, dass Teile der jüdischen Presse deutsche Juden deshalb zur Zurückhaltung bei der Besetzung öffentlicher Ämter aufriefen. Vgl. ebd., S. 78–81.

16 Vgl. Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus, S. 76f.

die Weimarer Republik häufig als „Judenrepublik“¹⁷, ihre nichtjüdischen Akteure als „Judenknechte“.¹⁸

Ein dritter Grund für die Radikalisierung des Antisemitismus sind die Fluchtbewegungen osteuropäischer Juden nach Westen,¹⁹ und ihre Auswirkungen auf die deutschen Länder. Neben wirtschaftlichen Ängsten, etwa vor einer Verschärfung des Arbeitsplatz-, Lebensmittel-, oder Wohnungsmangels,²⁰ spielte auch die kulturelle Andersartigkeit der orthodoxen osteuropäischen Juden eine Rolle. Die Agitation gegen die Geflüchteten war deshalb weniger tabubehaftet als die gegen die meist assimilierten und teilweise hoch angesehenen deutsch-jüdischen Familien. Dennoch verstärkte sich im Zusammenhang mit antiostjüdischer Agitation auch der Antisemitismus gegen die deutschen Juden.²¹

Träger dieser Intensivierung und Radikalisierung des antisemitischen Diskurses waren in erster Linie eine Vielzahl kleinerer und größerer völkisch-antisemitischer Bünde und Verbände²² mit teils paramilitärischen Strukturen. Die Wichtigsten waren der Alldeutsche Verband, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) sowie der Deutschvölkische Schutz und Trutzbund (DVSTB), nach Auffassung von Hermann Emil Kuenzer, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, der „größte, tätigste und einflussreichste antisemitische Verband in Deutschland“²³. In den frühen 1920er Jahren führte er deutschlandweit eine Vielzahl an Kundgebungen, Veranstaltungen in Stadthallen und Wirtshäusern durch und veröffentlichte antisemitische Flugblätter und Plakate. Bereits 1919 organisierte der DVSTB einen gegen jüdische Händler gerichteten Boykott. Seine Forderung „Deutsche, kauft nur bei Deutschen!“²⁴ unterscheidet kaum vom Aufruf „Deutsche, kauft nicht bei Juden“ des großen Judenboykotts der Nationalsozialisten 1933. Im Jahr 1922 zählte der DVSTB 180.000 Mitglieder.²⁵ Nachdem am 24. Juni 1920 die rechte Gruppierung Organisation Consul ein Attentat auf den jüdischen Reichsaußenminister Walter Rathenau verübt hat-

17 Vgl. ebd., S. 82f.

18 Mehrfach auch Arnold Ruge: Flugblatt „Studenten! Kollegen!“ vom 22.9.1920, UAH PA 5551/115; Bericht des Ernst Fraenkel über die Vorgänge am 14.12.1920, UAH PA 5551/124.

19 Siehe dazu den Artikel von Malte Rehren in diesem Band.

20 Vgl. Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918–1933 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Bd. 12), Hamburg 1986, S. 128–133.

21 Vgl. ebd., S. 167–174; ausführlich: Aschheim, Steven E.: Caftan and Cravat. The Ostjude as a Cultural Symbol in the Development of German Anti-Semitism, in: Political Symbolism in Modern Europe. Essays in Honor of George L. Mosse, hrsg. v. Seymour Drescher/David Warren Sabean/Allen Sharlin, New Brunswick/London 1982, S. 81–99.

22 Vgl. Bergmann: Geschichte Antisemitismus, S. 73.

23 November 1922, zitiert nach Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 11; vgl. Wildt: Volksgemeinschaft, S. 71.

24 Flugblatt Schutz und Trutzbund kauft nur bei Deutschen von 1919, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK) O 278.

25 Vgl. Wildt: Volksgemeinschaft, S. 70.

te, wurde neben einer Vielzahl anderer rechtsgerichteter Vereine und Verbände auch der DVSTB aufgrund seiner republikfeindlichen Betätigung in den meisten deutschen Ländern verboten.²⁶ Viele ehemalige Mitglieder des DVSTB sammelten sich danach in der 1920 in München gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Diese organisierte – unterstützt durch ihre paramilitärische Sturmabteilung (SA) – maßgeblich die antisemitische Gewalt in der späteren Weimarer Republik.²⁷

„Wie eine Sprengbombe“ – Arnold Ruge und die Universität Heidelberg

Arnold Ruge wurde 1881 in Görlitz geboren, 1908 in Heidelberg im Fach Philosophie promoviert, habilitierte sich kurz darauf und war ab 1910 an der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg als Privatdozent beschäftigt. 1920 wurde ihm wegen Beleidigung von Universitätsvertretern die Lehrerlaubnis entzogen, woraufhin er Heidelberg verließ und nach München zog. Hier wurde er zu einem führenden Funktionär und Redner des rechtsradikalen Blücherbundes. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten kehrte er in den badischen Staatsdienst zurück und war am Generallandesarchiv Karlsruhe und seit 1938 an der Technischen Hochschule tätig.²⁸

Schon vor dem Krieg war Arnold Ruge politisch aktiv und machte sich einen Namen als streitbarer Geist: Die Heidelberger Zeitung attestierte ihm im Jahr 1909 im Anschluss an eine öffentliche Diskussionsrunde eine „taktlose Kampfweise, die jeder vornehmen Denkart entbehrt“.²⁹ Im Jahr darauf kam es zu einem öffentlich ausgetragenen Streit mit der Heidelberger Rechtshistorikerin und Frauenrechtlerin Marianne Weber über die Rolle der Frau in der Gesellschaft, in dessen Verlauf Ruge sogar ein mögliches Duell mit deren Ehemann Max Weber ins Spiel brachte.³⁰ Im März 1914 wurde Ruge in anderer Sache wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.³¹ Ruge hatte sich auch in den Vorkriegsjahren antisemitischer Rhetorik bedient, jedoch lag der Fokus seiner politischen Tätig-

26 Vgl. Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus, S. 143f.

27 Diverse Beispiele bei Walter: Kriminalität, S. 200–221.

28 Vgl. Krimm, Konrad: Das Badische Generallandesarchiv im NS-Staat. Kampfplatz, Nische, Abstellraum? in: Archiv und Öffentlichkeit. Aspekte einer Beziehung im Wandel, Festschrift zum 65. Geburtstag von Hansmartin Schwarzmaier (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 9), hrsg. v. Konrad Krimm/Herwig John, Stuttgart 1997, S. 75–108.

29 Ausschnitt aus der Heidelberger Zeitung, unbekanntes Datum 1909, UAH PA 5550/11.

30 Vgl. Meurer, Bärbel: Marianne Weber. Leben und Werk, Tübingen 2010, S. 282.

31 Kurzmeldung aus der Heidelberger Zeitung vom 11.3.1914.

keit damals noch auf der Bekämpfung der Frauenemanzipation.³² Ab Mitte 1919 rückten – parallel zur antisemitischen Radikalisierung in ganz Deutschland – die Juden ins Zentrum seiner Agitationen.³³ Ruge trat dem DVSTB bei und leitete dessen Heidelberger Ortsgruppe.³⁴ Ruge war Mitorganisator einer Kundgebung, die am 22. November 1919 im Anschluss an eine offizielle Universitätsfeier auf dem Heidelberger Ludwigsplatz (dem heutigen Universitätsplatz) und dem Bismarckplatz stattfand.³⁵ In diesem Rahmen wetterte Ruge gegen „das elende und verlogene neue System“³⁶ der noch jungen Republik sowie seinen Arbeitgeber, die liberale und republiktreue Universität Heidelberg.³⁷ Darüber hinaus äußerte sich Ruge extrem jüdenfeindlich: Ruge und seine Mitstreiter hatten zum Protest „gegen das Jüdische Tribunal“ aufgerufen, „das die maßlose Frechheit besitzt, deutsche Männer wie einen Hindenburg auf die Anklagebank zu setzen.“³⁸ Gemeint war damit der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, der für den Reichstag die Kriegsschuldfrage untersuchen sollte. Dabei handelte es sich weder um ein „Tribunal“ – es gab keine Richter, keine Angeklagten und auch kein Urteil – noch stellten Juden in dem Gremium eine Mehrheit.³⁹ Weitere stereotype Vorstellungen durchziehen Ruges Rede: Er beschuldigte die Juden, „im Krieg das Volk betrogen zu haben“ und bediente sich damit des antisemitischen Motivs vom jüdischen Kriegsgewinnler. Er beschimpft die Juden weiter als „Kapitalisten“ und „Materialisten“. Bereits im Juni 1919 hatte Ruge in Heidelberg ein Flugblatt verteilt, das ein ähnliches Bild einer jüdischen „vater-

32 Die Frauenbewegung bezeichnet Ruge in einem Leserbrief als eine Bewegung von „alten Mädchen, sterilen Frauen, Witwen und Jüdinnen“. Leserbrief Arnold Ruges an das Heidelberger Tageblatt vom 3.12.1910; im November 1912 gründete er die Heidelberger Ortsgruppe des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation. Kurzmeldung der Heidelberger Neuesten Nachrichten vom 9.11.1912.

33 Unterschriftensammlung jüdischer Studenten gegen Ruges „antisemitische Flugblätter verleumderischen Inhalts“, 24.6.1919, UAH PA 5550/25.

34 Udo Wennemuth nennt das Jahr 1919; vgl. Wennemuth, Udo: Zur Geschichte der Juden in Heidelberg in der Weimarer Republik, in: Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 6), hrsg. v. Peter Blum, Heidelberg 1996, S. 348–439 hier 439; Walter Jung datiert Ruges Eintritt auf den Juni 1920, also in auffälligem zeitlichem Zusammenhang mit dem Entzug der Lehrerlaubnis; vgl. Jung, Walter: Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik. Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Göttingen 2000, S. 53.

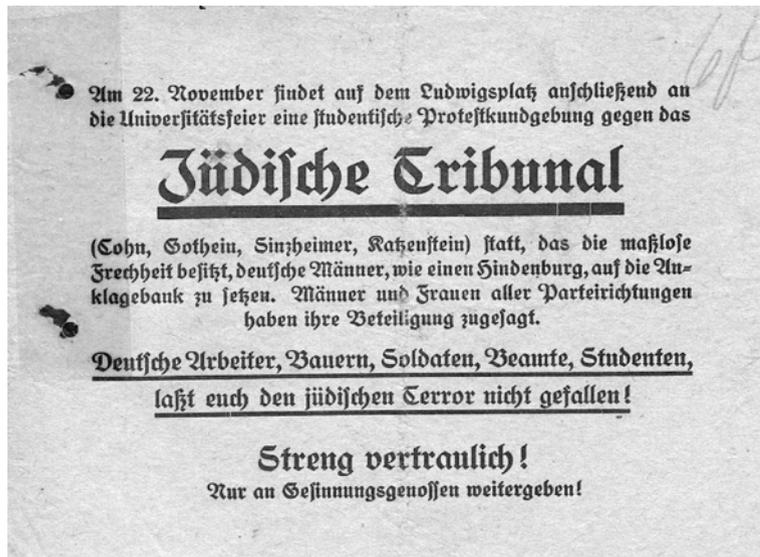
35 Flugblatt „gegen das Jüdische Tribunal“, November 1919, UAH PA 5550/60.

36 „Die Entweihung der Feier oder eine studentische Kundgebung“, in: Heidelberger Tageblatt vom 24.11.1919.

37 Vgl. Wolgast, Eike: Die Universität im politischen Spannungsfeld, in: Zwischen Tradition und Moderne. Heidelberg in den 20er Jahren. Ausstellungskatalog für das Kurpfälzische Museum der Stadt Heidelberg, hrsg. v. Jörn Bahns, Heidelberg 1994, S. 153–166, hier S. 153.

38 Flugblatt „gegen das Jüdische Tribunal“, November 1919, UAH PA 5550/60.

39 Eine Liste der am Untersuchungsausschuss beteiligten Personen findet sich bei Heineemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 59), Göttingen 1983, S. 260–267.



Flugblatt „gegen das Jüdische Tribunal“,
 November 1919, UAH PA 5550/60

landslosen, internationalen Verschwörung“ gezeichnet hatte, die „den Wucher- und Schleichhandel in Schwung gebracht, sich in überwiegender Mehrzahl in den Kriegsgesellschaften aufgehoben und die Gewinne an sich gerissen“⁴⁰ habe. Außerdem beklagte Ruge die vermeintliche jüdische Dominanz im Bereich der Presse. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die angebliche jüdische „Fremdherrschaft“, unter der das deutsche Volk leide. Ende 1920 forderte Ruge auf einem weiteren Flugblatt das „erwachende Stammesgefühl eines auf allen Wegen belogenen Volkes. Dadurch werden selbst Judenfesseln gesprengt.“⁴¹ Dabei handelte es sich in erster Linie um antisemitische Fantasien: Vom Krieg profitierten nicht nur jüdische Unternehmen. In der hochprofitablen Schwerindustrie gab es so gut wie keine jüdischen Unternehmer. Juden waren zwar gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in der Politik stark vertreten, von einer jüdischen Dominanz konnte jedoch keine Rede sein.⁴²

In der Heidelberger Presse wurde die Kundgebung und Ruges Auftritt kritisch kommentiert. Das Heidelberger Tageblatt befürchtete: „Wenn alle deutschen

40 Flugblatt „Entschliebung“, 19.6.1919, UAH PA 5550.

41 Ruge Arnold: „Erklärung“, zwischen 15.12.1920 und 14.1.1921, UAH PA 5551/139.

42 Vgl. Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus, S. 82f.

und Heidelberger Studenten von Politik eine Auffassung hätten, wie sie bei einer Kundgebung auf dem Ludwigsplatz am Samstagmittag zutage trat, dann könnte man bittere Tränen weinen, ob Deutschlands geistiger Zukunft.“⁴³ Auch der Allgemeine Studentenausschuss, die offizielle gewählte Vertretung aller Studierenden, distanzierte sich von der Kundgebung.⁴⁴ Nach erneuten antisemitischen Ausfällen Ende 1920 nahm der Allgemeine Studentenausschuss seine jüdischen Kommilitonen ausdrücklich in Schutz. Man „mißbilligt aufs Schärfste das Verhalten des Herrn Dr. Ruge“ und wende sich „gegen die Beleidigungen der Philosophischen Fakultät und der jüdischen Studenten“.⁴⁵ Eine solch deutliche „mit überwältigender Mehrheit“⁴⁶ gefasste Resolution überrascht, handelt es sich beim Allgemeinen Studentenausschuss doch um ein Gremium, das seit seiner Einführung 1919 von rechten Gruppen dominiert war.⁴⁷

Nachdem sich die Heidelberger Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr des Antisemitismus und der Karlsruher Oberrat der Israeliten über Ruges antisemitische Rede vom 22. November beschwert hatten,⁴⁸ mussten sich auch Universitätsvertreter mit dem Vorfall beschäftigen. Als Ergebnis eines mehrmonatigen Disziplinarverfahrens entzog schließlich das vom jüdischen DDP-Politiker Hermann Hummel geführte badische Kultusministerium im Juni 1920 auf Antrag der Philosophischen Fakultät Ruge die *venia legendi*. Eine von Vertretern der Fakultät erstellte „aktenmäßige Darstellung der Angelegenheit“⁴⁹ vom 27. November 1920 gibt Aufschlüsse über die Erwägungen der Fakultätsvertreter. Sie betonen eindringlich, dass „insbesondere alle Aeusserungen politischen Charakters grundsätzlich aus diesem Verfahren ausgeschlossen“ worden seien.⁵⁰ Folgerichtig wird als Begründung für den Antrag auf Entzug der Lehrerlaubnis auf den „Tatbestand schwerer ehrverletzender Beleidigung von Kollegen und Universitätsbehörden“, sowie spätere „erneute verschärfte Beleidigungen des selben Charakters“ verwiesen. Obwohl viele Professoren insbesondere der Philosophischen Fakultät dem politischen Liberalismus anhängen,⁵¹ wollten sie in diesem Fall unpolitisch bleiben und scheuten die Positionierung gegen den Antisemitismus, gegen den sie glaubten, dienstrechtlich nicht vorgehen zu können.⁵²

43 „Die Entweihung der Feier oder eine studentische Kundgebung“, in: Heidelberger Tageblatt vom 24.11.1919.

44 Stellungnahme des AStA, 25.11.1919, UAH PA 5550/54.

45 Kurzmeldung Heidelberger Tageblatt vom 16.12.1920.

46 Ebd.

47 Vgl. Wennemuth: Geschichte, S. 435.

48 Beschwerdeschreiben der Heidelberger Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr des Antisemitismus an die Universität Heidelberg, UAH PA 5550/65; Beschwerdeschreiben des Oberrats der Israeliten in Karlsruhe an das badische Kultusministerium, UAH PA 5550/64.

49 Offizielle Darstellung der Philosophischen Fakultät, 27.11.1920, UAH PA 5551/114.

50 Ebd.

51 Vgl. Wolgast: Universität, S. 153.

52 Vgl. Wennemuth: Geschichte, S. 436f.

Ruge hatte eine gänzlich andere Sicht auf den Sachverhalt. Für ihn war das Disziplinarverfahren „aller Rabbulistik“⁵³ zum Trotz [...] eine rein politische Angelegenheit [...], bei welcher es darauf ankommt, unter irgendeinem Vorwand den politischen Gegner zu beseitigen.⁵⁴ Ruge inszenierte sich als Opfer des „jüdisch versippten“ Ministers Hermann Hummel und des unter dessen Leitung stehenden „jüdisch-demokratischen Unterrichtsministeriums“.⁵⁵ Eine dreiseitige „Rechtfertigungsflugschrift“ vom Dezember 1920 unterschrieb er als „Dr. Arnold Ruge, Privatdozent a. d. Universität Heidelberg, zur Zeit in Folge jüdischen Terrors am Abhalten der Vorlesungen verhindert.“⁵⁶

Ruge lieferte sich in der Folge einen persönlichen Kleinkrieg mit der Universität. Unter anderem bestand er darauf, weiterhin den Titel des Privatdozenten führen zu dürfen, was die Universität ihm verweigerte. Ruge ging daraufhin 1921 zunächst nach Breslau und unternahm Anfang 1922 den erfolglosen Versuch Walther Rathenau zu ermorden.⁵⁷ 1923 zog Ruge weiter nach München, dem Zentrum der nationalsozialistischen und völkischen Bewegung in Deutschland,⁵⁸ wo er sich als wichtigster Redner und Ideologe des rechtsradikalen paramilitärischen Blücherbundes etablierte.⁵⁹ Ruges Reden waren von starker Gewaltbereitschaft gekennzeichnet und er scheute sich nicht davor, selbst jugendliche Zuhörer zum Mord an Juden aufzurufen.⁶⁰ Ruges Hetzreden waren jedoch keine Ausnahmeerscheinung. In der Weimarer Republik gab es viele solcher antisemitischen Hetzredner, die häufig im Auftrag deutsch-völkischer Verbände und Parteien durch das Land reisten.

Als Ruge nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 Interesse am Rektorenamt der Universität Heidelberg bekundete,⁶¹ wurde ein Gutachten bei Ernst Kriek (1882–1947) in Auftrag gegeben. Kriek war Professor für Philosophie, Rektor der Universität Frankfurt und überzeugter Nationalsozialist.⁶² Neben einer wenig positiven Bewertung Ruges wissenschaftlicher Leistungen stellte Kriek fest, „dass Ruge als Rektor der Universität Heidelberg für die

53 Gemeint sind Spitzfindigkeiten.

54 Ruge, Arnold: Stellungnahme, 22.5.1920, UAH PA 5550/99.

55 Ruge, Arnold: Brief an die Mitglieder des Lehrerkollegiums, 16.11.1920, UAH PA 5551/113.

56 Flugschrift „Die 19 mutigen Universitätsprofessoren!“, 15.12.1920, UAH PA 5551/118.

57 Vgl. Hofmann, Ulrike: „Verräter verfallen der Feme!“: Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 162.

58 Vgl. ebd., S. 162.

59 Vgl. ebd., S. 127.

60 Vgl. ebd., S. 127; 162. Interessant sind insbesondere die Fußnoten 258 und 324.

61 Vgl. Peters, Christian/Weckbecker, Arno: Auf dem Weg zur Macht. Zur Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg 1920–1934, Dokumente und Analysen, Heidelberg 1983, S. 37.

62 Vgl. Schriewer, Jürgen: Art. Kriek, Ernst, in: Neue Deutsche Biographie 13, Berlin 1982, S. 36–38. 1937 übernahm er selbst das von Ruge angestrebte Amt als Direktor der Universität Heidelberg.

Universität wie eine Sprengbombe wirken müsste.“⁶³ Ruge wurde daraufhin zum Archivrat im Generallandesarchiv Karlsruhe ernannt,⁶⁴ ab 1938 lehrte er zudem an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. In Heidelberg konnte Ruge nicht wieder Fuß fassen.

Dimensionen antisemitischer Gewalt

Im herkömmlichen Sinn meint Gewalt die physische Beeinträchtigung einer Person oder einer Sache durch gezielte Einwirkung von außen. Bedient man sich eines breiteren Gewaltbegriffes, ist auch die strukturelle Gewalt einzubeziehen, der Juden vielfach ausgesetzt waren. Damit sind Einschränkungen im Alltag oder in der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe gemeint, die nicht auf Handlungen gegen die individuelle Person basierten. Dass es im Verlauf der Weimarer Republik immer weniger jüdische Abgeordnete in den deutschen Parlamenten gab, lag beispielsweise weniger am mangelnden Erfolg ihrer Parteien, sondern daran, dass jüdische Politiker aus Angst vor schlechteren Wahlergebnissen von den eigenen Parteien gezielt auf die hinteren Listenplätze gesetzt wurden.⁶⁵ Einige jüdische Kommentatoren forderten von ihren Glaubensgenossen unter dem Druck zunehmender Ressentiments und Schuldzuweisungen gar eine generelle Zurückhaltung bei der Besetzung politischer Positionen und öffentlicher Ämter.⁶⁶

Physische Gewalt äußerte sich auf vielfältige Art und Weise: In der Weimarer Republik waren jüdische Friedhöfe und Synagogen immer wieder das Ziel von Anschlägen. Der Centralverein deutscher Bürger jüdischen Glaubens (CV) dokumentierte viele solcher Fälle und veröffentlichte sie im Jahr 1932 in dem Buch *125 Friedhofsschändungen in Deutschland 1923–1932*.⁶⁷ Die Schilderungen der Taten ähneln sich meist, wie sich an einigen badischen Beispielen zeigen lässt: In Hockenheim wurden im Januar 1926 „mehrere Grabsteine umgestürzt. Es wurden von den Behörden und der jüdischen Gemeinde insgesamt RM. 500.- Belohnung ausgesetzt. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.“⁶⁸ Im November 1928 ereignete sich ähnliches in Eppingen, 1931 in Schwetzingen.⁶⁹ Meist wurden Grabsteine umgeworfen, beschädigt und – als in der späten Weimarer Repu-

63 Gutachten von Ernst Kriek über Arnold Ruge, 23.3.1934, UAH PA 5551/1.

64 Ausführlich zu Ruges Wirken am GLAK: Krimm: *Generallandesarchiv*.

65 Vgl. Maurer, Trude: *Die Juden in der Weimarer Republik*, in: *Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland*, hrsg. v. Dirk Blasius/Dan Diner, Frankfurt a. M. 1991, S. 102–120 hier S. 110.

66 Vgl. Hecht: *Deutsche Juden und Antisemitismus*, S. 79f.

67 *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hrsg.): 125 Friedhofsschändungen in Deutschland 1923–32*, Berlin ⁶1932.

68 Ebd., S. 6.

69 Ebd., S. 21; 28.

blik die Taten gezielter durchgeführt wurden – mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert. Die Täter wurden in den seltensten Fällen gefasst. Im Vergleich zur eher symbolischen Wirkung von Gewalt gegen Synagogen und Friedhöfe, stellt die gezielte Gewalt gegen einzelne Personen eine deutliche qualitative Steigerung dar. Auslöser waren vielfach vorherige persönliche Differenzen oder politische Auseinandersetzungen, etwa wenn ein Jude antisemitischen Vorwürfen widersprach oder entsprechende Plakate abbriss.⁷⁰ Vor allem die von der SA zu Beginn der 1930er Jahre forcierte Straßengewalt war nicht selten gezielt gegen Juden gerichtet.⁷¹ Im etwa 40 Kilometer nördlich von Mannheim gelegenen hessischen Oppenheim randalierte schon am 23. September 1928, dem Vorabend von Jom Kippur, dem jüdischen Versöhnungstag, eine in LKW's angereiste Gruppe Nationalsozialisten. Sie fuhr zunächst Steine werfend durch die Stadt, machte Jagd auf durch ihre festliche Kleidung klar erkennbaren Juden und „schlug [...] auf sie mit Gummiknüppeln, Schlagringen und anderen Gegenständen ein“⁷². Drei Personen wurden schwer verletzt, einer davon durch Messerstiche. Die Täter flohen nach dem Überfall konnten jedoch später von der Polizei gefasst werden.⁷³ Zentrum antisemitischer Gewalt war München, wo die noch junge NSDAP Rufmordkampagnen und Straßengewalt gegen einzelne jüdische Bürger organisierte.⁷⁴

Teilweise kam es in der Weimarer Republik zu Ereignissen massenhafter Gewalt gegen Juden, sogenannten Pogromen. Am 5. November 1923 zogen tausende meist junger Arbeitsloser vom Arbeitsamt in der Berliner Alexanderstraße, wo man ihnen mitgeteilt hatte, dass an diesem Tag kein Geld mehr ausgegeben würde, in das nahe, vornehmlich von osteuropäischen Juden bewohnte Scheuenviertel. Möglicherweise angestachelt durch antisemitische Hetzredner⁷⁵ verwüsteten die von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not frustrierten Männer

70 Vgl. ebd., S. 23–25; Walter: Kriminalität, S. 203–206.

71 Vgl. ebd., S. 200–203.

72 Schwere nationalsozialistische Ausschreitungen in Oppenheim, in: CV-Zeitung vom 28.9.1928; vgl. Walter, Kriminalität, 201.

73 Schwere nationalsozialistische Ausschreitungen in Oppenheim, in: CV-Zeitung vom 28.9.1928; vgl. Walter: Kriminalität, S. 201.

74 Vgl. Walter: Kriminalität, S. 97–100.

75 Es ist umstritten, ob es sich tatsächlich um professionelle antisemitische Redner gehandelt hat. Trude Maurer tendiert in diese Richtung. Vgl. Maurer: Ostjuden, S. 329f. David Clay Large vermutet eher Agitation aus dem Kreis der Arbeitslosen selbst: „There may certainly have been some provocateurs among the crowd, but it is likely that most of the ‚agitation‘ came from the workers themselves, who, of course, were amply familiar with the widely disseminated, racially based ‚explanations‘ for their economic woes.“ Large, David Clay: „Out with the Ostjuden“. The Scheuenviertel Riots in Berlin, November 1923, in: Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History, hrsg. v. Christhart Hoffmann/Werner Bergmann/Helmut Walser Smith, Ann Arbor 2002, S. 123–140 hier S. 130. Michael Wildt weist darauf hin, dass sich die beiden Thesen nicht ausschließen, und unterscheidet eine „spontane Phase am Tage“ von der „von Agitatoren aufgeheizten Phase am Abend und in der Nacht.“ Wildt: Volksgemeinschaft, S. 73.

Geschäfte und griffen jeden an, den sie für einen Juden hielten. Die Berliner Polizei ging nur unzureichend gegen die Randalierer vor und nahm stattdessen hunderte jüdische Bewohner des Scheunenviertels in „Schutzhaft“. Mehrere hundert Menschen wurden verletzt, ein jüdischer Geschäftsbesitzer erlag später seinen schweren Verletzungen.⁷⁶

Der Scheunenviertelpogrom als Höhepunkt antisemitischer Gewalt in der frühen Weimarer Republik fällt nicht zufällig auf den November 1923, als mit der Hyperinflation auch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland eskalierten.⁷⁷ Intensität und Häufigkeit antisemitischer Gewalt korrelierte mit politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Nachdem die Welle antisemitischer Gewalt in den politisch und wirtschaftlich stabileren Jahren zwischen 1924 und 1929 abebbte,⁷⁸ verschärfte der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 1929 erneut die Situation.⁷⁹ Je existenzbedrohender die politische und wirtschaftliche Lage von der Bevölkerung wahrgenommen wurde, desto wahrscheinlicher und hemmungsloser wurde Gewalt gegen Juden ausgeübt.⁸⁰

Die Ortsgruppe Baden-Baden des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens lobte auf einem Flugblatt aus dem Jahr 1919 Baden als judenfreundliches „Musterland“. ⁸¹ Tatsächlich ist hier zwischen 1918 und 1933 kein einziger antisemitisch motivierter gewaltsamer Angriff auf einen Juden belegbar. Wie in ganz Deutschland waren jedoch auch in Baden judenfeindliche Ressentiments präsent und deutschvölkische und antisemitische Verbände aktiv.⁸² Durch seine geografische Lage war Baden aber deutlich weniger von den jüdischen Fluchtbewegungen aus Osteuropa betroffen als Bayern und vor allem Preußen. In Kombination mit den im ländlich geprägten Baden geringeren wirtschaftlichen und sozialen Problemen, waren die auf eine konkrete Minderheit projizierten Verlust- und Abstiegsängste deutlich geringer ausgeprägt als vielen anderen Teilen Deutschlands. Antisemitische Gewalt äußerte sich hier deshalb weniger intensiv und beschränkte sich auf Angriffe gegen jüdische Friedhöfe und Synagogen.⁸³

76 Zur Darstellung der Ereignisse vgl. Large: Scheunenviertel, S. 130–134.

77 Vgl. Maurer: Ostjuden, S. 329. Zur Presseberichterstattung über den Scheunenviertelpogrom siehe auch die Artikel von Julia Schneider und Linus Maletz in diesem Band.

78 Vgl. Barkai, Avraham: „Wehr Dich!“. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938, München 2002, S. 171–185.

79 Vgl. Bergman: Geschichte Antisemitismus, S. 91.

80 Zu diesem Phänomen ausführlicher Bergmann, Werner: Exclusionary Riots: Some Theoretical Considerations, in: Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History, hrsg. v. Christhart Hoffmann/Werner Bergmann/Helmut Walser Smith, Ann Arbor 2002, S. 161–184.

81 Flugblatt „Judenfeindliche Hetzer“, GLAK O 277.

82 Vgl. Grill, Johnpeter H.: The Nazi Party in Baden, 1920–1945, Vol. I, Ann Arbor 1975, S. 33–97.

83 C.V.: Friedhofsschändungen, S. 1.

„Anti-Anti“? – Juristische Einseitigkeit, politische Passivität und aktive Widerstände

Die liberale Weimarer Verfassung machte es den Antidemokraten und Antisemiten leicht, ihre Ideen zu verbreiten.⁸⁴ Es existierten zwar zwei Strafrechtsparagrafen, die die „Beschimpfung einer Religion“ (§116 RStGB) und die „Aufreizung zum Klassenhass“ (§130 RStGB)⁸⁵ unter Strafe stellten, diese wurden jedoch nur sehr zögerlich angewandt.⁸⁶ Zwar hatte es im Jahr 1899 eine Grundsatzentscheidung des Reichsgerichts gegeben, das feststellte, die Juden seien eine Klasse im Sinne des §130 RStGB,⁸⁷ dies wurde jedoch in den 1920er Jahren wieder in Frage gestellt. Die Rassentheorien fanden in den 1920er Jahren auch immer mehr Anerkennung in vielen Teilen der Bevölkerung. Das lag vor allem daran, dass der Diskurs über die Rassentheorien eher als wissenschaftlicher und weniger als politischer Diskurs wahrgenommen wurde. Viele Richter folgten daher der Argumentation der Angeklagten, bei den Juden handle es sich nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen eben um keine Klasse, sondern um eine Rasse, womit der Straftatbestand der „Aufreizung zum Klassenhass“ nicht erfüllt sei.⁸⁸ Auch Arnold Ruge wurde für seine Rede im November 1919 in Heidelberg, in der er immerhin gefordert hatte, die Juden „müssen in Deutschland ausgerottet werden“, nicht juristisch belangt.⁸⁹

Die Frage liegt nahe, inwieweit die Gerichte in der Weimarer Republik „auf dem rechten Auge blind“ waren. Tatsächlich fielen viele Urteile gegen die politische Rechte deutlich milder aus als in vergleichbaren Fällen gegen die Linke.⁹⁰ Einen Kommunisten, der die Republik als „Räuberrepublik“ bezeichnet hatte, bestrafte das Schöffengericht Potsdam beispielsweise hart mit vier Wochen Gefängnis. Dasselbe Gericht ließ einige Tage später einen völkischen Redner, der sie als „Judenrepublik“ bezeichnet hatte, mit einer Geldstrafe von 70 Mark davorkommen.⁹¹ Die Ungleichbehandlung beschränkte sich nicht auf solche kleinen

84 Vgl. Krah, Franziska: „Ewig Feuerspritze sein, wo ein Weltfeuer doch nicht gelöscht werden kann...“. Abwehr und Deutung des Antisemitismus während der Weimarer Republik, in: Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft. Zur Geschichte der Antisemitismusforschung vor 1944 (Europäisch-jüdische Studien, Bd. 20), hrsg. v. Hans-Joachim Hahn/Olaf Kistenmacher, Berlin u.a. 2015, S. 261–285 hier S. 261.

85 Hierbei handelt es sich um den Vorgänger des heutigen §130 StGB, der die Volksverhetzung unter Strafe stellt.

86 Vgl. Walter: Kriminalität, S. 90f.

87 Vgl. ebd., S. 90.

88 Vgl. ebd., S. 89–92.

89 Es wurde eine Voruntersuchung wegen Verstoß gegen §130 RStGB eingeleitet (UAH PA 5550/90), es kam jedoch zu keiner Verurteilung.

90 Ausführlich: Jasper, Gotthard: Justiz und Politik in der Weimarer Republik, in: VfZ 30 (1984), H. 2, S. 167–205.

91 Im Reichstag wiedergegeben durch den Landgerichtsdirektor Alfred Brodauf. Verhandlungen des Reichstags, 370. Sitzung, S. 12470. Vgl. Jasper: Justiz, S. 187.

Judenfeindliche Hetzer

verwenden aus dunkler Quelle stammende Mittel, um durch Verbreitung von plumpen Schmähschriften die Bevölkerung zu täuschen und aufzuhetzen.

Eine Feigheit

Ist es, wenn man bei Nacht und Nebel unbefugter Weise Häuser, Türen und Fenster, ja sogar das Gotteshaus, mit Schmähschriften verschandelt und nicht den kleinen Mut aufbringt, diese Hetzschriften mit der Angabe des Herausgebers zu versehen. Für eine gute Sache kann man mit offenem Visier kämpfen. Warum also so „namenlos“, so feige?

Eine Gemeinheit

Ist es, lügnerischer Weise durch die Anrede „Genossen“ den Eindruck zu erwecken, als käme ein solcher Wisch aus den Kreisen der „Genossen“, während die ganze Hetze von rechts ausgeht und die „Genossen“ ködern will. Man lügt, weil man sich schwach fühlt, und Stärke, die aus den links stehenden Massen kommt, vortauschen will!

Ein Verbrechen

begeht, wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt* (§-130 St.G.B.), ein Verbrechen, das heute zehnmal schwer wiegt, wo wir im Innern friedlich aufbauen müssen, um nach Außen weiter Ansehen und Stärke zu erlangen.

Feige, gemein und verbrecherisch

handeln die „namenlosen“ Hetzer. Sie sind schlimme Schädlinge; sie stellen ihre eigenen Interessen über das Wohl der Gesamtheit!

Mitbürger!

Merkt ihr nicht, daß die antisemitische Hetze euch mißbrauchen will?

Merkt ihr nicht, daß es gewisse „enge Kreise“, die sonst stolz auf euch herabsahen, sind, die sich nun auf einmal euch anbiedern wollen, um mit eurer Hilfe — sie selbst sind winzig klein und schwach, haben aber große Mittel! — auf die Juden einzuschlagen?

Warum diese Wandlung?

Sie haben schwere politische Schuld auf sich geladen, sie fürchten die Strafe dafür! Da rufen diese schlauen Diebe auf der Flucht: „Haltet den Dieb“. Sie suchen einen

Sündenbock.

auf den sie den allgemeinen Grimm von sich abwenden können: wer eignet sich besser als Sündenbock, wie der Jude? Die russische Zarenregierung hat dieses Mittel so oft angewandt. Warum sollten ihre Geistesverwandten nicht von ihr lernen?

Und kann man durch Verbreitung hetzerischer Lügen unaufgeklärte Volkskreise mit sich reißen: wird man da nicht politisch für sich im Trüben einen guten Fischfang machen können? So denken die „engen Kreise“; um ihren Fischfang zu fördern, ist ihnen das verächtlichste Mittel gerade gut genug!

Welches sind denn ihre Vorwürfe gegen die Juden?

„Sie haben sich im Kriege gedrückt.“

Auch die Tausende von Juden, die in glühender Begeisterung als Freiwillige zur Fahne geeilt sind, die Tausende, die für ihr deutsches Vaterland den Heldentod gestorben, die durch den Krieg zum Krüppel geworden sind, die Tausende, die für ihre Tapferkeit ausgezeichnet, die, obwohl man es ihnen wahrlich nicht leicht machte, Offiziere wurden, die treulich bis zum Schlusse für ihr Vaterland kämpften? An die Laterne mit ihnen, antwortet die Schmähschrift.

„Sie haben unsere Niederlage verschuldet.“

Die Juden, nicht die Uebermacht der Feinde, der Mangel an Mannschafts- und Materialersatz, die Aushungerung, die Absperrung von allen Rohstoffen, die falsche Politik eben der „engen“ Kreise, die heute ihr „Kreuziget“ rufen!!

Wissen die Hetzer nicht, daß Ludendorff Waffenstillstand binnen 24 Stunden verlangte, sonst droffe der militärische Zusammenbruch? Sie wissen das alles, aber es paßt ihnen nicht in den Kram, fördert ihre Zwecke nicht; darum: Der Jude wird verbrannt!

„Sie haben sich im Kriege bereichert.“

Und Landwirtschaft und Schwerindustrie, beide fast „judenrein“, sind wohl verarmt? Nein: „ar. allermeisten haben sie durch die Kriegskonjunktur verdient. Haben etwa die christlichen Kaufleute bankrott gemacht?

1427

(224/2243 16.9.1919)

Die Wahrheit ist: Der Landwirt, der Industrielle, der Kaufmann, sie alle haben infolge der Kriegsverhältnisse reichlich verdient. Christen genau so wie Juden; nur an den ganz grossen Gewinnen hatten die Juden keinen Anteil, die blieben der ganz „judenreinen“ Schwerindustrie vorbehalten.
Und schliesslich:

„Sie sind eben Juden und keine Deutschen.“

Will man denen den Namen „Deutscher“ versagen, die nicht den Nachweis reiner Abstammung von den Schwaben, Franken oder anderer germanischer Völkerschaften erbringen können, wahrlich: Die „Deutschen“ hätten in der Republik Birkenfeld Platz!

Sind nicht zahllose Italiener und Franzosen, Polen und Masuren und deren Mischlinge längst gute Deutsche geworden? Ist nicht unser grenzenloser Schmerz der, daß uns der Friedenschluß so viele dieser Deutschen, vor allem im Osten, raubt? Waren die Posadowsky und Podbleiski, die Verdy du Vernois (deutscher Kriegsminister) und François schlechtere Deutsche als die anderen?

Wohnten nicht die Juden schon bald tausend Jahre in Deutschland, das sie, soweit man es ihnen gestattete, als ihr Vaterland liebten, als die französischen Emigranten nach Deutschland kamen, und wer wollte diesen guten Bürgern, trotz ihrer französischen Namen, ihr Deutschtum bestreiten!

Deshalb: hinweg mit all diesen erbärmlichen Spiegelfechtereien! Ehre dem, der im Kriege treu seinen Mann gestanden, der sich nicht in unerlaubter Weise bereichert hat, der sein politisches Wirken heute nicht zu bereuen hat. **Schmach und Schande** aber über alle politischen Schädlinge, Drückeberger, Wucherer und Schieber.

mögen sie Christen, Juden oder Heiden sein!

Nicht Glaube und Abstammung scheidet zwischen gut und böse, nützlich und schädlich, sondern das moralische, politische und wirtschaftliche Verhalten

jedes Einzelnen.

Schon vor dem Kriege war es üble Gewohnheit, zu schreiben:

„Die Juden haben's getan.“

wenn irgend ein Jude sich verging. Ist's im Kriege uns Deutschen nicht ebenso gegangen?

Beging irgend ein Deutscher oder ein deutscher Soldat ein Verbrechen, gleich schrie das ganze Ausland: die Deutschen sind Verbrecher, Barbaren! Haben wir uns nicht aufs schärfste gegen solchen Wahnsinn gewehrt? Und sollten wir uns nicht schämen, die gleiche verruchte Methode gegen die eigenen jüdischen Mitbürger anzuwenden? Nur gewissenlose Schädlinge an der Volksgesamtheit können so handeln.

Mitbürger!

Auch mit kleinen und kleinlichen Mitteln wollen die Hetzer wirken. Laßt euch nicht durch den Hinweis auf die verhältnismäßig große Zahl jüdischer Kurgäste in Baden-Baden aufreizen!

„Da sieht man's“, rufen die Hetzer. „Die Juden haben das Geld verdient und verprassen nun im Bade“. Warum sieht man hier so viele Juden? Schon im Frieden, heute in gesteigertem Maße, haben die Juden zahlreiche Badeorte an der See, im Harz, auch anderorts wegen der dort hervortretenden jüdenfeindlichen Strömungen gemieden; man ging deshalb nach der Schweiz, Tirol, dem Auslande. Das ist jetzt verschlossen. Im Musterlande Baden glaubten sie vor Anpöbelungen sicher zu sein. **Deshalb** strömten die Gäste jüdischen Glaubens in Baden und dessen Perle Baden-Baden zusammen!!

Fragt die Wirte, die Kaufleute, die Behörden, ob sie auf die jüdischen Gäste verzichten wollen?!

Laßt die Flugblattmänner weiter hetzen und ihr werdet sehen, wie die Juden künftig auch

Baden-Baden meiden

werden, wie sie Borkum und andere antisemitische Badeorte meiden!

Die Hetzer selbst werden den Schaden nicht haben. Wer sind sie denn? Meist Leute, die von auswärts kommen, die ihr Gasrecht in Baden mißbrauchen und denen das demokratische Süddeutschland überhaupt ein Dorn im Auge ist.

Welches sind sonach die Wirkungen der Hetze?

Herabminderung des deutschen Ansehens im Auslande.

Schwächung unserer inneren Kraft und Geschlossenheit.

Schädigung der Interessen der Gesamtbevölkerung, bis herab zu den Interessen der Gemeinden und der Einzelnen.

Bekämpft deshalb diese aus dem Verborgenen heraus hetzenden Schädlinge. Die Augen sind euch geöffnet! Ihr dient damit nicht nur

dem Nutzen des Vaterlandes.

sondern auch der

Gerechtigkeit.

Der Vorstand des Centralvereins deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens:
Ortsgruppe Baden-Baden.

Ernst Kältsch, Hochdruckdruckerei, B. Baden.

GLA O 277

Delikte. Der Heidelberger Mathematiker und Pazifist Emil Julius Gumbel (1892–1966) untersuchte in den frühen 1920er Jahren statistisch die seit Republikaufrufung begangenen politischen Morde und ihre juristische Aufarbeitung.⁹² Sein Resümee fällt eindeutig aus: Eine große Zahl (92%) der 354 Ermordungen durch Rechte blieb gänzlich ungesühnt. Es gab keine Todesurteile und 23 geständige Täter wurden sogar freigesprochen. Im Schnitt wurden rechte Morde mit vier Monaten Haft bestraft. Auf der anderen Seite hatten die 22 durch Linksstehende verübten Morde mit zehn Hinrichtungen und im Schnitt 15 Jahren Haft deutlich härtere Strafen zur Folge.⁹³ Die Einseitigkeit der Weimarer Justiz ließ auch den Antisemiten einen sehr breiten Spielraum für ihre antisemitische Agitation, die Gerichte legitimierten diese geradezu.⁹⁴

Darüber hinaus wurde der Antisemitismus von vielen politischen Akteuren nicht als relevantes Problem wahrgenommen. Lediglich die Begleiterscheinungen wurden als problematisch empfunden: Der badische Innenminister Adam Remmele (SPD) veranlasste am 13. November 1919 die Bezirksämter Badens dazu, „auf die judenfeindliche Bewegung ein wachsames Auge zu haben“.⁹⁵ Bezeichnenderweise verwies Remmele in diesem Zusammenhang nicht nur auf die „judenfeindliche Stimmung“ in der Bevölkerung, „die ein gewaltsames Vorgehen gegen die Juden nicht als ausgeschlossen erscheinen lässt“, sondern betonte darüber hinaus:

„Ein solches gewaltsames Vorgehen würde, wie die Erfahrung lehrt, bei den Juden nicht Halt machen, sondern unsauberen Elementen Anlass und Gelegenheit zu allgemeinen Gewalttätigkeiten verbunden mit Plünderungen und Diebstählen geben. Eine derartige Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung muss unter allen Umständen verhütet werden.“

Remmeles Motivation ist nur schwer zu ergründen. Einerseits könnte Remmeles Sorge der „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ gegolten haben. Andererseits könnte der Minister auch die Notwendigkeit gesehen haben, einen gegen Antisemitismus gerichteten Erlass nach außen vor Regierung, Parlament und Öffentlichkeit politisch anders begründen zu müssen. Beide Lesarten zeigen, dass Antisemitismus und Gewalt gegen Juden für sich genommen nicht einhellig als problematisch anerkannt wurden.

92 Gumbel, Emil Julius: *Zwei Jahre Mord*, Berlin 1921. Später als Gumbel, Emil Julius: *Vier Jahre politischer Mord*, Berlin 1922. Gumbel wurde wegen seines pazifistischen und antinationalistischen Engagements 1932 auf Betreiben der völkischen und nationalsozialistischen Studentenschaft Heidelbergs die *venia legendi* entzogen. Vgl. Wennemuth: *Geschichte*, S. 412.

93 Vgl. Gumbel: *Vier Jahre*, S. 73–81.

94 Vgl. Jasper: *Justiz*, S. 190f.

95 Erlass des Innenministers Adam Remmele vom 13. November 1919, GLAK 357 30.897.



Werbeanzeige in den Abwehr-Blättern vom 20.6.1925

Widerstand gegen die Ausbreitung antisemitischer Ideen leisteten vor allem linke Parteien und Verbände, sowie jüdische Organisationen. Zu nennen sind in erster Linie der 1893 gegründete Centralverein deutscher Bürger jüdischen Glaubens, der größte jüdische Verband der Weimarer Republik, sowie der 1890 gegründete Verein zur Abwehr des Antisemitismus, dem auch viele linke und liberale Nichtjuden angehörten.⁹⁶ Beide Organisationen veröffentlichten regelmäßig eine Vielzahl an Publikationen, um unter anderem Judenfeindlichkeit in Deutschland zu dokumentieren und antisemitischer Propaganda argumentativ entgegenzutreten. Insbesondere sind hierbei *Im deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*⁹⁷ (ab 1922: C.V.-Zeitung⁹⁸) als regelmäßig erscheinende Publikationen des Centralvereins, sowie die *Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus*⁹⁹ ab 1924 prägnanter Abwehr-Blätter¹⁰⁰ zu nennen. Daneben veröffentlichten die beiden Vereine mit den Anti-Anti-Blättern zur Abwehr¹⁰¹ und dem Abwehr-ABC¹⁰² auch Handbücher „für den Abwehrkampf“¹⁰³. Diese Publikationen sammelten im Stile eines Nachschlagewerks alphabetisch sortiert Informationen über Antisemitismus, spezifische antisemitische Narrative und entsprechende Gegenargumente. Unter dem Stichwort „Arbeit, kör-

96 Der Ortsverband in Bruchsal wurde beispielsweise „vorwiegend von Christen“ geleitet. Stude, Jürgen: Geschichte der Juden in Bruchsal (Veröffentlichungen zur Geschichte der Stadt Bruchsal, Bd. 23), Heidelberg u.a. 2007, S. 200.

97 *Im deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, Berlin 1895–1922.

98 C.V.-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., Berlin 1922–1938.

99 *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, Berlin 1891–1924.

100 *Abwehr-Blätter*, Berlin 1925–1933.

101 Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hrsg.): *Anti-Anti Blätter zur Abwehr. Tatsachen zur Judenfrage*, Berlin 1924.

102 Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): *Abwehr-ABC*, Berlin 1920.

103 Mit diesen Worten bewarb der Abwehrverein sein *Abwehr-ABC. Abwehr-Blätter* vom 20.6.1925.

perliche und die Juden¹⁰⁴ widerlegt das Abwehr-ABC beispielsweise auf Basis offizieller Statistiken das Motiv von der jüdischen Arbeitsscheu oder informiert in einer mehrseitigen Abhandlung über Rassentheorien.¹⁰⁵ Die Einträge in den „Anti-Anti-Blättern“ sind kürzer und übersichtlicher gehalten und konzentrieren sich auf die Widerlegung antisemitischer Vorwürfe. Unter dem Stichwort „Die deutsche Judenregierung“ resümierten die Autoren nach einer Auflistung der einzelnen Kabinette von Scheidemann (1919) bis Stresemann (1923) knapp: „In zehn Ministerien waren unter 121 Ministern fünf Minister jüdischer Abstammung!“¹⁰⁶

Wichtige Medien, um die breitere Öffentlichkeit zu erreichen waren Plakate und Flugblätter. Das Plakat „Judenfeindliche Hetzer“¹⁰⁷ des Centralvereins, Ortsverband Baden-Baden aus dem Jahr 1919 kann als exemplarisch für anti-antisemitische Gegenpropaganda gesehen werden. Auch hier wurden antisemitische Narrative konkret aufgegriffen und widerlegt: Dem Vorwurf, die Juden hätten „sich im Kriege gedrückt“, wurden „Tausende von Juden, die in glühender Begeisterung als Freiwillige zur Fahne geeilt sind; die Tausende, die für ihr deutsches Vaterland den Heldentod gestorben“ sind, entgegengesetzt. Ebenso wurde vor negativen Folgen einer antisemitischen Haltung für die Wirtschaft, das „deutsche Ansehen im Auslande“, „unserer inneren Kraft und Geschlossenheit“ und die „Interessen der Gesamtbevölkerung“ gewarnt. Das Plakat argumentierte nicht nur rational, sondern appellierte auch moralisch: „Nicht Glaube und Abstammung scheidet zwischen gut und böse, nützlich und schädlich, sondern das moralische, politische und wirtschaftliche Verhalten.“ Der Kampf gegen die antisemitischen Hetzer diene „nicht nur dem Nutzen des Vaterlandes, sondern auch der Gerechtigkeit.“

Anti-antisemitische Gegenpropaganda orientierte sich nicht nur der äußeren Form nach, sondern auch rhetorisch an ihrem Gegenpart. Antisemitische Motive werden dabei teilweise auf die Antisemiten selbst zurückprojiziert. Das Abwehr-ABC beklagt in einer Abhandlung über die antisemitische Verseuchung der Jugend, beispielsweise den Einfluss der „antisemitischen Brunnenvergifter“.¹⁰⁸ Ein weiteres Beispiel ist ein Plakat aus dem Verlag des SPD-nahen Vorwärts: „Arbeiter, Achtung! [...] Laßt Euch nicht von den arbeiterfeindlichen Antisemiten das Fell über die Ohren ziehen! Den Juden schreien sie an, dem Arbeiter und der Vernichtung seiner mühsam erkämpften Grundrechte gilt ihr heimtückischer Dolchstoß.“¹⁰⁹ Die Verfasser formulieren die Dolchstoßlegende um und lassen

104 Verein zur Abwehr: Abwehr-ABC, S. 15–17.

105 Vgl. ebd., S. 88–94.

106 C.V.: Anti-Anti-Blätter, S. 29.

107 Flugblatt „Judenfeindliche Hetzer“, GLAK O 277.

108 Verein zur Abwehr: Abwehr-ABC, S. 56.

109 Plakat „Achtung, Arbeiter!“, 1919, GLAK O 291.

die Antisemiten selbst in die Rolle des verräterischen Feindes im eigenen Land schlüpfen.

Der CV ging jedoch nicht allein publizistisch gegen den Antisemitismus vor, sondern war auch juristisch und politisch aktiv. Er versuchte beispielsweise den Spielraum des Antisemitismus einzuschränken, indem seine Anwälte zu Beginn der 1920er Jahre auf eine restriktivere Auslegung des §130 RStGB hinzuwirken versuchten. Nachdem dieses Vorhaben scheiterte, versuchten sie Ähnliches 1930/31 auf Basis der Strafrechtsparagrafen 185, 186 und 187, die Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung unter Strafe stellten – wiederum ohne Erfolg.¹¹⁰ Anfang der 1930er Jahre gingen die CV-Anwälte dagegen erfolgreich gerichtlich gegen die Judenboykottaufrufe der NSDAP vor. Die CV-Zeitung berichtet begeistert von „150 Entscheidungen gegen den Wirtschaftsboykott“.¹¹¹

Ruges späte Genugtuung

Das umfangreiche Engagement der Abwehrvereine war am Ende vergeblich. Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 konnte die NSDAP immer größere Wahlerfolge feiern. Am 30. Januar 1933 übernahm Adolf Hitler die Macht in Deutschland. Als die Universität Heidelberg im Jahr 1936 ihr 550-jähriges Jubiläum beging, ließ Arnold Ruge eine eigens gedruckte Postkarte an Professoren der Universität verschicken. Auf der Vorderseite zeigte sie Ruge vor dem inzwischen mit einem Hakenkreuz und Reichsadler versehenen Gebäude der Neuen Universität; auf der Rückseite stand gedruckt: „Dr. Arnold Ruge weil. Privatdozent f. Philosophie trug 1919 als Erster das Hakenkreuz i. d. Universität und die Stadthalle Heidelbergs. Er wurde deswegen fortgejagt“.¹¹²

Der Quellenwert dieser Postkarte beschränkt sich zunächst auf die Person des Arnold Ruge. Ruge fühlte sich in seinen nationalsozialistischen Positionen bestätigt und inszenierte sich als verkannter Visionär. Auch ist ein Hang zur Dramatik kaum von der Hand zu weisen. Die Postkarte symbolisiert so den Sieg der radikalen Antisemiten über die liberalen und demokratischen Kräfte der Weimarer Republik. Der Radikalisierung des Antisemitismus ab 1919 trat die Weimarer Gesellschaft nicht entscheidend entgegen: Antisemiten wurden weitgehend toleriert und antisemitische Gewalt wurde, wenn überhaupt, nur zögerlich verfolgt und bestraft. Die durchaus vorhandenen gesellschaftlichen Widerstände waren zu schwach. 1935, ein Jahr vor Ruges Postkarte, war die rassistisch-antisemiti-

¹¹⁰ Vgl. Walter: *Kriminalität*, S. 192–199.

¹¹¹ Lazarus, Hans: 150 Entscheidungen gegen den Wirtschaftsboykott, in: *CV-Zeitung* vom 8.7.1932.

¹¹² Postkarte, UAH PA 5551/0021. Teile der Abbildung, auch das Hakenkreuz und der Reichsadler, scheinen nachträgliche Illustrationen nach realem Vorbild zu sein.

sche Ideologie durch die Nürnberger Rassengesetze institutionalisiert worden. Wenige Jahre später begann der staatlich organisierte Völkermord an den Juden Europas.



Postkarte von Arnold Ruge, 1936,
UAH PA 5551/0021